

„Als ob das Land uns gehörte?!“

Der Wissenschaftler Noam Chomsky äußert sich kritisch zur Politik der USA

Karlsruhe. Noam Chomsky hat als Linguist Maßstäbe gesetzt, hat sich im Laufe seiner wissenschaftlichen Karriere mit der Rolle der Medien, dem Verhältnis der Universitäten zu Staat und Wirtschaft auseinandergesetzt, hat aber auch schon früh begonnen, die Politik der USA kritischer Analyse zu unterziehen. Auf dem Weg von Leipzig nach Prag machte der 85-Jährige, der lange am Massachusetts Institute of Technology (MIT) gelehrt hat, einen Abstecher nach Karlsruhe. Gestern Abend hielt er dort im ZKM einen Vortrag über die treibenden Kräfte in der US-amerikanischen Politik („Driving forces in US policy“). Zuvor sprach er mit unserem Redaktionsmitglied Michael Hübl.

Wenn man in Ihren Schriften liest, dann sieht es so aus, als folge die US-amerikanische Politik – ob Kuba, Chile, Nicaragua, Irak – immer dem gleichen Muster: Sobald die Entwicklung in diesen Ländern US-Interessen zuwiderläuft, wird interveniert und gegebenenfalls Diktatoren die Macht überlassen. Stimmt dieser Eindruck?

Chomsky: Es gibt da eine Konstante von 1945 bis in unsere Tage. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten die USA eine überwältigende Macht, zumal die anderen Industrienationen

größtenteils zerstört waren. Es wurden Pläne für eine Nachkriegsordnung entwickelt, nach denen die USA den Westen inklusive des ehemaligen British Empire und des Nahen Ostens kontrollieren sollten. Um den Rest begann ein Wettkampf, und es wurde innerhalb eines liberalen Rahmens bald klar gestellt, dass jede Form von radikalem Nationalismus nicht akzeptiert werden würde. Henry Kissinger hat in diesem Zusammenhang von „Virusinfektion“

BNN-Interview

gesprachen – entsprechend handelte man, als sich in Chile eine unabhängige Art von Sozialdemokratie zu entwickeln begann. Aus Angst vor dieser „Virusinfektion“ hat man sich mit einem brutalen Regime zusammengetan. Es ist immer das gleiche Muster: Guatemala, Iran 1954, Indonesien, Indochina, Kuba, Brasilien, Chile, El Salvador ... Jetzt hat aber dieser Tage Präsident Barak Obama einen Kurswechsel der US-amerikanischen Politik angekündigt. Man will sich zurückziehen und mehr auf das eigene Land konzentrieren.

Chomsky: Das wird nicht geschehen. Die USA unterhalten rund 1000 Mili-

tärbasen weltweit. Sie haben in Afrika enorm expandiert, der asiatische Flügel, die Philippinen, Japan, Südkorea, wird gestärkt. Obama hat das militärische Potenzial eher ausweitet. Es wird oft übersehen, dass er nicht prinzipiell gegen einen Irakkrieg war, sondern lediglich aus taktischen Erwägungen, weil er meinte, es würde nicht funktionieren. Seine Regierung hat die Basis geschaffen, dass es in den nächsten Jahrzehnten zu einem enormen Zuwachs an Nuklearwaffen kommen wird. Dabei wird er von jemandem wie etwa Richard Haass, dem Präsidenten des Council on Foreign Relations, kritisiert, der jetzt in der Financial Times schrieb, Obama habe nicht klar genug benannt, wo die USA militärisch intervenieren müssen.

Wie sehen Sie unter diesen Vorzeichen den Ukraine-Konflikt?

Chomsky: Man muss sich nur ansehen, auf welche Weise hier argumentiert wird. Wenn die Russen innerhalb ihres Staatsgebiets Truppen an die Grenze verlegen, dann gilt das als nicht hinnehmbar. Aber wenn die Nato – und das heißt Amerika – in der Ukraine aktiv wird, dann soll das kein Problem sein. Man stelle sich einmal vor, die Russen würden in Mexiko Manöver abhalten. Es zeigt sich hier eine tief verankerte imperiale Attitüde, dieses „Uns gehört



KRITISCHE STIMME: Der Wissenschaftler Noam Chomsky sprach gestern in Karlsruhe über US-amerikanische Politik. Foto: Artis

die Welt“, wie man es schon 1949 erlebte, als in China die Kommunisten einen neuen Staat gründeten und man vom Verlust Chinas („loss of China“) sprach. Wie kann man von einem Verlust reden, als ob das Land uns gehörte?!

Apropos China. Dessen Regierung versucht ja, auf nichtmilitärischem Weg seinen Einfluss in der Welt zu erweitern, etwa indem es Grundbesitz in Afrika erwirbt.

Chomsky: China versucht seinen Zugang zu den Ressourcen auszudehnen, insbesondere bei den Bodenschätzen. Das ist nicht immer besonders fein und löst doch einigen Unmut aus. Die Chinesen waren übrigens der Grund, warum man Libyen bombardiert hat: Man wollte, dass die chinesischen Techniker, die dort zu Tausenden arbeiteten, das Land verlassen. China war auch dort interessiert, an Rohstoffe heranzukommen.